

Fünf-Punkte-Plan für den Wald der Zukunft

Forderungen für eine naturverträgliche Waldpolitik bis 2020

(Stand: 11.03.2011)

Der deutsche Wald steht zunehmend unter Druck: die Nachfrage nach Holz ist rasant gestiegen und nimmt weiter zu. Vor dem Hintergrund des Klimawandels boomt die energetische Nutzung von Holz. Zudem wird der umweltfreundliche Rohstoff dringend als Ersatzstoff für energieintensive Baustoffe benötigt. Gleichzeitig verbraucht Deutschland so viel Papier wie die Kontinente Südamerika und Afrika zusammen. Doch nicht nur der Nutzungsdruck, auch der Klimawandel macht dem Wald zunehmend zu schaffen. Hinzu kommen massive Einsparungen beim Forstpersonal bei gleichzeitig steigenden Ansprüchen durch Erholungssuchende.

Wie kann der Wald vor diesem Hintergrund weiterhin so wichtige Funktionen erfüllen, wie beispielsweise die Luftreinhaltung, die Bereitstellung von Trinkwasser, die Speicherung von CO₂ und den Erhalt der biologischen Vielfalt, unserer Lebensgrundlage? Welche Weichenstellungen müssen zu Beginn dieser Dekade gestellt werden? BUND und NABU haben im internationalen Jahr der Wälder ihre zentralen Forderungen für eine naturverträgliche, zukunftsfähige Waldpolitik in fünf Punkten zusammen gestellt:

1. Holz verantwortungsvoll und effizient nutzen

Der Druck auf den Wald wird in den kommenden Jahren massiv wachsen, wenn sich die Holznachfrage weiter so entwickelt wie bisher und wie einschlägige Studien es für die Zukunft voraussagen. Bis 2020 rechnen Experten mit einer Holz-Versorgungslücke von rund 30 Mio. Kubikmetern in Deutschland, für den Euroraum sogar von ca. 430 Mio. Kubikmetern pro Jahr. Grund dafür ist vor allem die verstärkte Nutzung von Holz als Energieträger und der steigende Verbrauch von Holz- und Papierprodukten in unserer Industriegesellschaft. So wurden in der Holz- und Papierindustrie in den vergangenen Jahren die Verarbeitungskapazitäten großzügig ausgebaut. Die energetische Verwertung von Holz hat sich seit 2002 mehr als verdoppelt. Bis heute ist dieser Energieholzboom ungebrochen.

Grundsätzlich bekennen sich BUND und NABU zu einer nachhaltigen, ökologisch verträglichen Holznutzung. Holz kann eine umweltfreundliche Alternative zu energieintensiven Baustoffen wie Stahl, Beton oder Aluminium sein. Doch die Vorteile der Holznutzung können rasch ins Gegenteil umschlagen, wenn die Grenzen der Nachhal-

tigkeit missachtet werden. Der Schutz und die naturverträgliche Bewirtschaftung der Wälder in Deutschland und weltweit sind nur möglich, wenn wir unseren Verbrauch an die nachhaltig verfügbaren Holzressourcen anpassen.

Deshalb fordern BUND und NABU:

- Einen Paradigmenwechsel in der Politik weg von der Ankurbelung des Verbrauchs hin zum sparsamen, verantwortungsvollen Umgang mit dem Rohstoff Holz.
- Die Senkung des Holz- und Papierverbrauchs von derzeit 230 kg Papier und 1,2 m³ Holz pro Person und Jahr um mindestens 20 % bis 2020. Dafür muss die Politik Anreizsysteme für den sparsamen Umgang mit Holz- und Papierprodukten schaffen.
- Die staatlichen Subventionen für die energetische Nutzung von Holz sind zu revidieren. Im Sinne einer effizienten Kreislaufwirtschaft ist der stofflichen Nutzung und dem Holzrecycling der Vorrang vor der energetischen Nutzung zu geben.
- Die substantielle Aufstockung der Förderung für die energetische Sanierung von Gebäuden (v.a. durch Wärmedämmung und hocheffiziente Technologien) um den Energiebedarf bis 2020 drastisch zu senken.
- Die Wahrung des Nachhaltigkeitsprinzips in der Forstwirtschaft durch klare Obergrenzen für den jährlich zulässigen Holzeinschlag und Begrenzung der Waldrestholznutzung anhand von verbindlichen ökologischen Parametern.
- Die Unterstützung einer EU-weiten Einführung von Nachhaltigkeitsstandards für feste Biomasse.

2. Wälder naturnah und ökologisch verträglich bewirtschaften

Um die Holzentnahme möglichst optimal mit den vielfältigen ökologischen und sozialen Funktionen unserer Wälder zu vereinbaren, wurde in den vergangenen drei Jahrzehnten das Leitbild der naturnahen Waldwirtschaft entwickelt. Die naturnahe Waldwirtschaft orientiert sich an den natürlichen Waldgesellschaften des jeweiligen Standorts und nutzt die Fähigkeit der Waldökosysteme zur Selbstorganisation. Diese sogenannte „biologische Automation“ ermöglicht eine kosteneffiziente und vergleichsweise störungsarme Waldbewirtschaftung.

Durch die Integration von Naturschutzzielen in die Bewirtschaftung leistet die naturnahe Waldwirtschaft einen wichtigen Beitrag zum Erhalt der biologischen Vielfalt, wenngleich das weitgehende Fehlen ungenutzter, urwaldähnlicher Waldbestände damit nicht kompensiert werden kann.

Leider bestehen vielerorts noch erhebliche Defizite bei der konsequenten Umsetzung der naturnahen Waldwirtschaft, dennoch ist dieses Konzept eine wichtige Errungenschaft der heimischen Forstwirtschaft. Aus Sicht von BUND und NABU gibt es jedoch keine vernünftige Alternative zu einer konsequent naturnahen und ökologisch verträglichen Waldwirtschaft.

Deshalb fordern BUND und NABU:

- Eine klarere Fassung der Grundsätze einer naturnahen und ökologisch verträglichen Waldbewirtschaftung im Bundeswaldgesetz als bundeseinheitliche Mindestanforderung für die Waldbewirtschaftung (z.B. Kahlschlagverbot, Bodenschutz, Naturverjüngung, Biotopbaumschutz, Baumartenwahl, etc.), und als Bemessungsgrundlage für die Honorierung darüber hinaus gehender Naturschutzleistungen im Privatwald.
- Eine Novelle der Jagdgesetze des Bundes und der Länder für ein modernes Wildtiermanagement, das die natürliche Verjüngung und Entwicklung artenreicher Laubwaldbestände auch ohne künstliche Schutzmaßnahmen vor Wildschäden wie Zäunen flächendeckend ermöglicht. Den Jagd- und Naturschutzbehörden ist ausreichend und gut qualifiziertes Personal zur Verfügung zu stellen um Vollzugsdefizite im bestehenden Jagdrecht zu beseitigen.
- Die Neufassung der nationalen Bewertungsdefinition für den „guten und den hervorragenden Erhaltungszustand“ der Waldlebensraumtypen und der Populationen in Natura 2000-Gebieten (FFH- und EU-Vogelschutzgebiete), die der tatsächlichen Qualität der Schutzgebiete Rechnung trägt.
- Die Stärkung von Vertragsnaturschutzmodellen, Ökokonten und Flächenpools zur Integration von Naturschutzzielen im Privatwald sowie die Entwicklung neuer Mechanismen zur Inwertsetzung der durch Waldbesitzer erbrachten Gemeinwohlleistungen.

3. Wertvollen Naturwäldern eine Chance geben

Durch die flächendeckende forstliche Nutzung entstehen Wälder, denen die natürliche Dynamik und die für natürliche Wälder typischen Altholz- und Totholzanteile fehlen. Zwar haben die heimischen Wälder im Indikatorenbericht der Nationalen Biodiversitätsstrategie (NBS) mit 81 % des erreichbaren Höchstwertes den besten Teilindikatorwert aller Flächennutzungen erreicht. Dieser Indikator beruht jedoch im Wesentlichen auf einigen wenigen Vogelarten. Die Roten Listen zeigen jedoch eine überproportional starke Gefährdung von Tier-, Pflanzen- und Pilzarten, die auf typische Strukturen naturnaher Wälder, alte Waldbestände oder eine ungestörte Waldentwicklung angewiesen sind. Ihr Schutz schließt eine forstliche Nutzung aus. Aus ökologischer Sicht besonders wertvolle alte Wälder (mit Bäumen älter als 180 Jahre) sind mit ca. 2 % Anteil an der Waldfläche kaum mehr vorhanden.

Eine besondere, globale Verantwortung trägt Deutschland für die Lebensgemeinschaften alter Rotbuchenwälder, denn ein Viertel des natürlichen Verbreitungsgebietes der Rotbuche liegt in Deutschland. Buchenwälder haben ursprünglich über 66 % der heutigen Landfläche Deutschlands bedeckt und zählen zu den weltweit stark bedrohten Lebensräumen. Buchenwälder mit dauerhaft natürlicher Waldentwicklung sind jedoch im System von Schutzgebieten in Deutschland bislang nicht ausreichend repräsentiert.

Alte Rotbuchenwälder über 160 Jahre und ohne forstliche Bewirtschaftung gibt es nur noch auf 0,1 % der Landfläche. Während wir von Ländern wie Brasilien oder Indonesien den Erhalt ihrer Urwälder fordern, haben wir uns im eigenen Land dieser schon vor Jahrhunderten entledigt. Umso wichtiger ist es, der Natur auf einem Teil der Waldfläche wieder ein Stück von ihrer ursprünglichen Dynamik zurückzugeben und als „Urwälder von morgen“ einer natürlichen Entwicklung zu überlassen. Solche Wälder gibt es derzeit nur auf höchstens 2 % der Waldfläche in Naturwaldreservaten, Kernzonen von Biosphärenreservaten und Nationalparks. Aus Sicht von NABU und BUND muss mittel- bis langfristig jedoch 10 % der Waldfläche einer natürlichen Entwicklung überlassen werden, um unersetzliche Rückzugsräume für bedrohte Tier- und Pflanzenarten zu schaffen und wichtige Lernorte für die Anpassung natürlicher Waldökosysteme an den Klimawandel zu erhalten.

Mit der Übertragung von rund 100.000 Hektar in das Nationale Naturerbe und dem Ziel der Nationalen Biodiversitätsstrategie (NBS), den Anteil der Waldfläche mit natürlicher Waldentwicklung bis 2020 auf 5 % zu erhöhen, hat der Bund einen ersten Schritt in die richtige Richtung gemacht. Daran muss sich die zukünftige Waldpolitik der Bundesregierung orientieren.

Deshalb fordern BUND und NABU:

- Die Waldpolitik muss auf der Nationalen Biodiversitätsstrategie (NBS) aufbauen und sich in ihrem Rahmen entfalten, da es sich um eine übergeordnete Strategie handelt, die der Umsetzung internationaler Verpflichtungen, wie der Konvention zur biologischen Vielfalt dient. Die Bundesregierung muss die Länder bei der Umsetzung der NBS stärker unterstützen und in die Pflicht nehmen.
- Bis 2020 sind mindestens 5 %, langfristig 10 %, der Waldfläche dauerhaft einer natürlichen Entwicklung zu überlassen. Hierfür soll der öffentliche Wald aufgrund seiner Vorbildfunktion mindestens 10 % seiner Flächen zur Verfügung stellen. Das dadurch entstandene Naturwaldnetz soll die Waldökosysteme Deutschlands angemessen repräsentieren und muss durch kleinere Trittsteinbiotope ergänzt werden.
- Die für diese Legislaturperiode zugesagten weiteren 25.000 Hektar für das Nationale Naturerbe (NNE) sind festzulegen und zu übertragen. Dabei ist die Kyritz-Ruppiner Heide nicht auf diese 25.000 Hektar anzurechnen, sondern zusätzlich als NNE zu sichern.
- Der Bund sollte weitere ca. 100.000 Hektar Waldfläche in einen Pool einbringen, aus dem geeignete Wälder einerseits direkt aus der forstlichen Nutzung genommen werden könnten. Andererseits könnten aus diesem Pool Waldflächen zum Tausch mit privaten Eigentümern zur Verfügung gestellt werden, damit diese eigene geeignete Wälder als „Urwälder von morgen“ einbringen können.
- Für den Erhalt und die Wiederherstellung naturnaher Buchenwälder auf großer Fläche sollen Schutzgebiete wie ein Nationalpark im Steigerwald und in der Senne-Egge eingerichtet sowie die nutzungsfreien Kerngebiete mit naturnahen Buchenwäldern in den Biosphärenreservaten Pfälzer Wald und Rhön vergrößert werden. Alle Buchenwälder, die größer als 1000 Hektar sind und sich im Bundesbesitz befinden, sollten dauerhaft der natürlichen Entwicklung überlassen werden.

4. Wälder als Kohlenstoffsinken für den Klimaschutz erhalten

Im deutschen Wald wird immer weniger klimaschädliches CO₂ gespeichert. Hauptursache dafür ist der drastisch gestiegene Holzeinschlag von 40 Millionen Kubikmetern in 2001 auf rund 70 Millionen in 2008. Vor 20 Jahren speicherte der Wald in Deutschland noch 8 Prozent der industriellen Emissionen. Danach sank die jährliche Kohlenstoffbindung von 17 Millionen Tonnen Kohlenstoff auf 4,7 Millionen Tonnen. Das geht aus der Inventurstudie 2008 der Bundesregierung zur Ermittlung der CO₂-Speicherung im deutschen Wald im Rahmen des Kyoto-Protokolls hervor. In Westdeutschland nimmt der Wald bereits überhaupt kein weiteres klimaschädliches CO₂ mehr auf.

Insgesamt sind in der Biomasse von Deutschlands Waldbäumen derzeit 1,23 Milliarden Tonnen Kohlenstoff gespeichert. Das entspricht in etwa dem 5 ½-fachen jährlichen CO₂-Ausstoß Deutschlands. Wesentlich mehr wäre möglich. Stattdessen werden derzeit 93 Prozent des nachwachsenden Holzes genutzt. Die (nicht zuletzt durch die Holzernte selbst) verursachten CO₂-Emissionen können nur zum Teil durch langlebige Holzprodukte oder durch die Substitution fossiler Energieträger kompensiert werden. Das schadet nicht nur dem Klima, sondern bedroht auch die biologische Vielfalt. Damit mehr CO₂ im Wald gebunden werden kann, müssen mehr Bäume und Holz im Wald verbleiben. Entsprechend muss der Holz- und Papierverbrauch gesenkt werden.

Die Behauptung, die Wälder Deutschlands würden bei Nicht-Bewirtschaftung kein weiteres CO₂ mehr aufnehmen, trifft nicht zu. Mit einem Durchschnittsalter von 77 Jahren sind die hiesigen Wälder aufgrund der niedrigen Umtriebszeiten sehr jung. In Wäldern, die der natürlichen Entwicklung überlassen werden, stellt sich hingegen erst bei hohem Waldalter (600-1000 Jahre) ein Gleichgewicht bezogen auf die oberirdische Biomasse ein. Auch danach wird in mitteleuropäischen Waldböden weiter Humus im Boden angereichert und damit CO₂ festgelegt (vgl. 4. Sachstandsbericht des IPCC).

Es ist dringend erforderlich, die Funktion der Wälder Deutschlands als signifikante Senke für das klimawirksame Gas CO₂ nicht zu gefährden.

Deshalb fordern BUND und NABU:

- die Holzvorräte anzuheben, mit Ausnahme der von Fichten und Kiefern dominierten Altersklassenwälder. Der Hiebsatz muss auch in Zukunft erheblich unter dem Zuwachs liegen. Der so definierte Nachhaltshiebsatz muss flächendeckend eingehalten werden.
- Klimarelevante Punkte der Waldbewirtschaftung wie die Definitionen für Kahlschläge, die Vorgaben zur Bodenschonung und zur Anhebung der Holzvorräte müssen in den Waldgesetzen nachgebessert werden.
- Der Wald-Klima-Fonds, gespeist aus Emissionshandelserlösen, muss sich streng an klima- und naturschutzfachlichen Kriterien orientieren. Die Gelder sollten für den Waldmoorschutz, ein repräsentatives Waldschutzgebiets-Netzwerk und den ökologischen Waldumbau eingesetzt werden. Privatwaldbesitzer, die Flächen dauerhaft der natürlichen Entwicklung überlassen möchten, sollten Zuschüsse aus dem Wald-Klima-Fonds erhalten können.

5. Öffentlichen Wald vorbildlich behandeln

Der öffentliche Wald ist der „Wald der Bürgerinnen und Bürger“, er ist daher im Sinne des Gemeinwohls vorbildhaft zu bewirtschaften. Laut einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts dient er „der Umwelt- und Erholungsfunktion [...], und nicht der Sicherung von Absatz und Verwertung forstwirtschaftlicher Erzeugnisse“ (BVerfG 1990). Für den Privatwald erfüllt der öffentliche Wald außerdem eine wichtige Vorbildfunktion. Aus Sicht von BUND und NABU werden viele öffentliche Waldbesitzer diesem Auftrag aber nur unzureichend gerecht: ökologisch und ökonomisch fragwürdige Betriebsmodelle, überhöhte Wildbestände, Stellenabbau, harte Holzerntetechniken und massive Holzeinschläge in Schutzgebieten sind Zeugnis von schlechten forstpolitischen Rahmenbedingungen und Folgen des zunehmenden Rationalisierungsdrucks im öffentlichen Dienst.

Deshalb fordern BUND und NABU:

- Wirtschaftswald in öffentlichem Eigentum im Sinne des Gemeinwohls und der Bürgerinnen und Bürger ökologisch vorbildhaft und ökonomisch effizient zu bewirtschaften und dies durch eine FSC oder Naturland Zertifizierung zu dokumentieren.
- Aufgrund der großen qualitativen Unterschiede zwischen den Zertifizierungssystemen FSC, Naturland und PEFC sollte die gleichrangige Bewertung der Zertifizierungssysteme im Rahmen der öffentlichen Beschaffung, insbesondere beim Import von Holz aus Nicht-EU-Ländern, grundlegend revidiert werden.
- Sicherung dauerhaft ungenutzter Naturwälder als „Urwälder von morgen“ auf mindestens 10 % der Fläche im öffentlichen Wald bis 2020.
- Kein Verkauf von Wald in öffentlichem Eigentum zur Haushaltskonsolidierung an einzelne Privatinvestoren.
- Klare Trennung von hoheitlichen und wirtschaftlichen Aufgaben in den Landesforstbetrieben.

Ansprechpartner:

- **BUND - Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V.**
Nicola Uhde, Wissenschaftliche Mitarbeiterin Naturschutzpolitik
Tel: 030-275 86-498, E-Mail: Nicola.Uhde@bund.net
- **NABU - Naturschutzbund Deutschland e.V.**
Johannes Enssle, Referent für Forstwirtschaft und Waldpolitik
Tel: 030-28 49 84-1623, E-Mail: Johannes.Enssle@nabu.de